

# Kehrsatzung auf Prüfstand

## STRASSENREINIGUNG Fraktionen wollen über Neuregelung diskutieren

Von  
Michael Erfurth

**MAINZ.** In den historisch gewachsenen Ortskernen der meisten Stadtteile müssen die Bürger selbst zum Besen greifen, in der Innenstadt und den Neubaugebieten sorgt der Entsorgungsbetrieb für die Straßenreinigung. Ein Teil der Mainzer muss daher nichts für die Straßenreinigung zahlen, andere haben diese Gebühren zu entrichten. Die Kehrsatzung der Stadt sorgt nicht nur aus diesem Grund für Ärger. Auf dem Lerchenberg gibt es Bürger, die kritisieren, der Entsorgungsbetrieb reinige zu oft, da kleine Anliegerstraßen meist kaum verschmutzt sind. Die ÖDP-Fraktion hat gestern im Stadtrat daher eine Überarbeitung der Kehrsatzung gefordert. Doch die Ratsmehrheit hat nicht diese Ini-

tiative beschlossen, sondern einen Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP mit einer Ergänzung der CDU.

Demnach soll die Verwaltung bei ihrer Prüfung zunächst abklären, ob für eine Vereinheitlichung der Kehrsatzung die rechtlichen Voraussetzungen für alle Stadtteile gegeben sind. Bei einer Änderung der Kehrsatzung müssten die Wirtschaftlichkeit des Entsorgungsbetriebs und die Stabilität der Gebühren für die Bürger gegeben sein, so der Beschluss.

ÖDP-Fraktionschef Dr. Claudius Moseler verwies darauf, dass die bestehende Kehrsatzung bei Bürgern für Unmut sorgt und erinnerte an Bewohner des Neubaugebietes am Großberghang, die selbst kehren möchten, um so die Gebühren zu sparen. Dass diesen Bürgern

dies verwehrt wird, hält Moseler für fragwürdig.

Auch die anderen Fraktionen wollen die Kehrsatzung überarbeiten lassen. Es sei aber kaum möglich, eine Lösung zu finden, mit der alle Bürger einverstanden sind, so SPD-Fraktionschef Dr. Eckart Lensch. Für Markus Gröniger (Grüne) macht die Regelung, in den Neubaugebieten den Entsorgungsbetrieb mit der Straßenreinigung zu beauftragen, Sinn, da dort „viele Bewohner froh sind, dass sie nicht kehren müssen.“ In den alten Ortskernen indes gehöre es zur Tradition, dass am Samstag die Straße gekehrt werde. Wichtig sei, dass die Sauberkeit in der Stadt gewährleistet sei. Auch David Dietz (FDP) sprach von einem „sensiblen Thema“. Die Stadt müsse die Anregungen der Bürger ernst nehmen, sagte Nor-

bert Solbach (CDU) mit Blick auf den Lerchenberg.

Umweltdezernentin Katrin Eder (Grüne) indes verwies darauf, dass die Kehrsatzung in den vergangenen Jahren immer wieder neuen Gegebenheiten angepasst worden sei. Noch unter ihrem Amtsvorgänger Wolfgang Reichel (CDU) seien alle Straßen in Mainz überprüft worden, um zu entscheiden, ob hier die Bürger oder der Entsorgungsbetrieb reinigen soll.

Einigkeit herrschte bei allen Fraktionen, dass die Stadt nochmals Gespräche mit dem Land aufnehmen soll, um die als ungerecht empfundene Hinter- und Vorderlieger-Problematik zu lösen. Derzeit müssen in Anliegerstraßen die Eigentümer von Grundstücken, die nicht direkt an einer Straße liegen, keine Gebühren zahlen.

Anmerkung von Hartmut Rencker:

Obwohl ich selbst nicht betroffen bin, streite ich seit Jahren für die Lerchenberger und konnte mich mit der Garagenentscheidung vom Februar 2010 für viele Lerchenberger durchsetzen. Dennoch bleibt dieser Teilerfolg unbefriedigend, vor allem für die Stadt, die rund 10.000 Euro zurückzahlen musste.

Der jetzige Anlauf hätte mehr Zustimmung im Stadtrat verdient, aber es gibt so etwas wie Fundamentalopposition. Dennoch bietet die aktuelle Zielsetzung, über eine Änderung des Landesstraßengesetzes zu einer Lösung zu kommen, einen guten Ansatz, bei dem alle ihr Gesicht wahren können, sogar der formenstrenge Herr Syga vom Entsorgungsbetrieb.